



Protokoll der 28. Sitzung des Einwohnerrates

vom 23. September 2015, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Kaufmann Lisette und Steinger Pia

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste:

- ://: Der Rat beschliesst einstimmig die Dringlichkeit der Interpellation „Umfahrungsstrasse, LKW-Verbot“ (Nr. 2015/200)* 2015/200
1. Umfahrungsstrasse, LKW-Verbot - Dringliche Interpellation „Umfahrungsstrasse demnächst für Lastwagen gesperrt?“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2015/200
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
 2. Protokoll vom 26. August 2015 -
://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.
 3. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen 2015/199
://: Wahl von Mundschin Patrick (CVP/EVP/GLP) als GPK-Ersatzmitglied und von Schäublin Max (FDP) als GOR-Mitglied.
 4. Armut - Postulat „Armut in Liestal: Jährliche Berichterstattung“ von Marianne Quensel und Patrick Mägli der SP-Fraktion 2015/179
://: Das Postulat wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen, von diesem beantwortet und dann vom Rat als erfüllt abgeschrieben.
 5. Raumplanerische Zukunft beider Frenkentäler - Schriftliche Antwort Stadtrat betreffend Interpellation zur raumplanerischen Zukunft der beiden Frenkentäler von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2015/180
2015/180a
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
 6. Verlauf Einwohnerratsgeschäfte in Webseite - Postulat betreffend Aufnahme des „Verlaufs“ der Einwohnerratsgeschäfte in die Liestaler Webseite von Corinne Hügli der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2015/183
://: Überweisung von Postulat mit 21 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen an den Stadtrat.

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 7. | Sanitäranlagen Feuerwehrmagazin - Bericht Stadtrat zum Postulat „Geschlechtergerechte sanitäre Anlagen im Feuerwehrmagazin“ von Verena Baumgartner der Grünen Fraktion und Markus Rudin der SVP-Fraktion
<i>://: Der Rat weist bei 1 Enthaltung den stadträtlichen Bericht an den Stadtrat zurück.</i> | 2014/163
2014/163a |
| 8. | Bäume im Siedlungsgebiet - Postulat „Bäume im Siedlungsgebiet“ von Pascal Porchet der FDP-Fraktion
<i>Der Vorstoss wird vom Postulanten zurückgezogen.</i> | 2015/190 |
| 9. | Lichtemissionen - Interpellation betreffend Lichtemissionen von Anna Ott namens der Grünen Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2015/192 |
| 10. | Grenzsteine - Interpellation „Grenzen für Grenzsteine?“ von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2015/194 |
| 11. | Spitalfriedhof - Bericht Stadtrat zum Postulat „Spitalfriedhof erhalten“ von Gerhard Schafroth, Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht und beschliesst einstimmig die Abschreibung des Postulates.</i> | 2015/174
2015/174a |
| 12. | Suubers Lieschtel - Motion für e „Suubers Lieschtel“ der SVP-Fraktion
<i>://: Der Rat überweist mit 28 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung den von einer Motion in ein Postulat umgewandelten Vorstoss an den Stadtrat. Die Abschreibung des Vorstosses wird mit 10 Ja-gegen 25 Nein-Stimmen abgelehnt.</i> | 2015/196 |
| 13. | Plastikabfälle - Postulat „Plastikfälle wieder verwenden?“ von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion
<i>://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2015/197 |
| 14. | Ufzgi und Tschutte - Interpellation zum Präventionsprojekt „Ufzgi und Tschutte“ von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2015/198 |

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur September-Sitzung des Einwohnerrates Liestal.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) orientiert kurz über einige Punkte der letzten Bürositzung:

- Ganz speziell darf Patrick Mundschin (CVP/EVP/GLP) als neues Ratsmitglied zur heutigen Sitzung begrüsst und willkommen geheissen werden.
Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) stellt das neue Einwohnerratsmitglied kurz vor: Patrick Mundschin ist in Liestal geboren und Mitglied der GLP, er ist 39 Jahre alt, ist verheiratet und Vater von zwei Kleinkindern. Er ist Jurist und als Lehrer für Wirtschaft und Recht an der Berufsfachschule für Gesundheit in Münchenstein sowie an der Gewerbeschule in Liestal tätig. Von 2010 - 2014 war er Richter am Bezirksgericht Liestal.
- Mit Schreiben vom 16. September 2015 hat Ratsmitglied Heinz Lerf (FDP) seinen Rücktritt per 31. Oktober 2015 bekannt gegeben, welches verlesen wird. Er wird an der nächsten Sitzung offiziell verabschiedet.
- Mit dem Versand der Unterlagen für die heutige Ratssitzung ist den Ratsmitgliedern auch die schriftliche Antwort des Stadtrates zur Kleinen Anfrage „Easyvote: Erhöhung der Wahlbeteiligung“ (Nr. 2015/193a) von Anna Ott der Grünen Fraktion zugestellt worden. Die Kleine Anfrage ist vom Stadtrat innert 3 Monaten beantwortet worden und wird nicht mehr traktandiert.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- Neue Vorstösse Nr. 2015/291 - Nr. 2015/202

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation „QP Ziegelhof - wie weiter?“ von Diego Stoll der SP-Fraktion und Thomas Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2015/201)
- Postulat „Social Media Präsenz der Stadt Liestal“ von Fabian Eisenring der SP-Fraktion (Nr. 2015/202)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------------------|--|
| - Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Werner Fischer (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Bernhard Bonjour (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsident Lukas Ott teilt mit, dass vom Stadtrat keine Mitteilungen zu machen sind.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert darüber, dass von Ratsmitglied Gerhard Schaftroth (CVP/EVP/GLP) die dringliche Interpellation „Umfahrungsstrasse demnächst für Lastwagen gesperrt?“ (Nr. 2015/200) eingereicht wurde, nachdem seine diesbezüglich eingereichten Fragen im Zusammenhang mit der „Fragestunde“ der letzten Sitzung unter das Eis geraten sind und deshalb nicht beantwortet werden konnten. Der neue Vorstoss ist traktandiert worden und die Fragen des Interpellanten würden nun heute beantwortet, sollte der Rat gemäss § 47 des Geschäftsreglementes mit einer Zweidrittelmehrheit die Dringlichkeit der Interpellation beschliessen.

Sie kann feststellen, dass aus dem Einwohnerrat keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig beschliesst der Rat, dass die Interpellation Nr. 2015/200 „Umfahrungsstrasse, LKW-Verbot“ dringlich an der heutigen Sitzung zu behandeln ist.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und die Geschäfte somit gemäss Traktandenliste vom 09. September 2015 behandelt werden.

297 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Umfahrungsstrasse, LKW-Verbot - Dringliche Interpellation „Umfahrungsstrasse demnächst für Lastwagen gesperrt?“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/200)

Die dringliche Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Gerhard Schafroth
CVP/EVP/glp

Liestal, 4. 9. 2015

Dringliche Interpellation

Umfahrungsstrasse demnächst für Lastwagen gesperrt?

Gerüchteweise ist in Liestal zu hören, dass der Kanton beabsichtigt, die Umfahrungsstrasse wegen massiver Werkmängel demnächst für Lastwagen zu sperren.

Fragen:

- 1. Ist dem Stadtrat bekannt, dass der Kanton die Umfahrungsstrasse demnächst für Lastwagen zu sperren gedenkt?*
- 2. Welcher Art sind die Mängel der Umfahrungsstrasse?*
- 3. Ist für die Benutzer der Umfahrungsstrasse die Sicherheit uneingeschränkt gewährleistet, dass die Strasse nicht einbricht?*
- 4. Was sind die Konsequenzen einer teilweisen oder vollständigen Sperrung der Umfahrungsstrasse während mehrerer Jahre für die Stadt Liestal?*
- 5. Welche Massnahmen gedenkt der Stadtrat zu ergreifen, um die Situation möglichst rasch zu klären und den Kanton zu bewegen, für eine langfristig sichere Umfahrungsstrasse zu sorgen?*

Gerhard Schafroth

* * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann führt aus, dass das Thema der Umfahrungsstrasse A22 auch das Stadtbauamt und den Stadtrat sehr beschäftige. Es ist deshalb auch gut, dass die umfangreichen Fragen nicht in der letzten Fragestunde thematisiert wurden, sondern heute im Zusammenhang mit der Interpellation behandelt werden können.

Zur Frage 1: Das Tiefbauamt BL hat den Stadtrat über den schlechten Strassenzustand informiert. Zur Zeit wird der bauliche Zustand der A22 vom Kanton sehr detailliert geprüft. Erst nach Vorliegen der Untersuchungsberichte können weitere Aussagen gemacht werden. Das drohende Szenario für eine Strassensperrung für die Lastwagen dürfte wohl nicht unmittelbar umsetzbar sein.

Zur Frage 2: Die 40 Jahre alte Strasse dürfte wohl am Ende der Lebensdauer angelangt sein und entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen bezüglich Hochwasserschutz, Lärmschutz, Erdbebensicherheit etc., zumal die Normen und Anforderungen in den letzten Jahren auch gestiegen sind. Auch hat das Gewicht der LKW's hat zugenommen.

Zur Frage 3: Nein, es gibt keine Hinweise, dass die Strasse gar einbrechen könnte. Vom Tiefbauamt werden aber intensiv Kontrollen vorgenommen und gegebenenfalls auch adäquate Massnahmen ergriffen.

Zur Frage 4: Betroffen wäre der Abschnitt Altmarkt bzw. Anschluss Liestal Süd bis zur Ausfahrt Schauenburg. Eine Sperrung des ganzen Verkehrs auf der A22 wäre natürlich für Liestal verheerend. Eine Sperrung für LKW's dürfte nicht so gravierend sein, denn diese könnten über die Autobahn Sissach - Arisdorf - Pratteln umgeleitet werden.

Zur Frage 5: Die Stadt ist in einer politischen Begleitgruppe vertreten und kann ihre Anliegen und Vorschläge dort einbringen. Auch wird die Übereinstimmung betreffend den Brückenstandorten im Zusammenhang mit der Siedlungsentwicklung überprüft. Wegen dem Hochwasser muss die ganze Strasse um rund 1 Meter angehoben werden und auch die Erhöhung der Lärmschutzwände wird massive Auswirkungen mit sich bringen. Auch die terminliche Koordination ist dem Stadtrat ein Anliegen. Der Kanton hoffte ja, dass die Strasse vom Bund übernommen wird, was aber nach der Vignetten-Abstimmung im Jahre 2013 nicht mehr realistisch ist. Der Kanton projektiert aber dennoch den Strassenneubau und man hofft, dass die geschätzten Kosten von rund 100 Mio. Franken dann auch einmal in das Investitionsprogramm des Kantons aufgenommen werden. Vorgängig soll aber ein Erhaltungsprojekt umgesetzt werden, damit die Umfahrungsstrasse noch für 5 - 10 Jahre tauglich ist. Der Stadtrat ist über die eingeschobenen Instandstellungs- und Erhaltungsarbeiten gar nicht so unglücklich, denn dadurch würden die Strassenneubauarbeiten wohl auch erst nach Abschluss der SBB-Grossbaustelle im Zusammenhang mit dem Vierspur-Ausbau in Angriff genommen. Es dürfte ja nicht im Interesse von Liestal und seiner Bevölkerung sein, dass Liestal auf zwei Verkehrsachsen gleichzeitig zwei Riesenbaustellen hat. Aus taktischen Gründen ist der Anschluss Zentrum aus dem Projekt genommen worden, da bei diesem Neubauprojekt andere Bewilligungsverfahren, Fristen etc. nötig sind. Der Zentrumsanschluss wird aber bei der laufenden Projektierung mitgedenkt. Dieses Projekt hat noch eine gewisse Unschärfe und ist für Liestal doch sehr wichtig, da damit der Verkehr aus dem Zentrum weggenommen werden kann. Städtebaulich ist das Bauvorhaben mit dem Riesenkreisel nicht ganz unproblematisch und dürfte bei der Realisierung auch Probleme betreffend möglichem Rückstau usw. geben. Der Anschluss Zentrum ist noch weiter zu bearbeiten und dürfte vermutlich auch erst nach dem Jahre 2025 realisiert werden.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) ist als Interpellant zufrieden mit der stadträtlichen Beantwortung seines Vorstosses und wünscht gleichwohl die Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass vom Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) findet die derzeitigen Abklärungen interessant und hofft, dass der Stadtrat nach Vorliegen neuer Erkenntnisse sowie Resultate wieder informieren wird. Dass der Kanton die Strassensperrung für LKW's in mittlerer Frist prüft, scheint wohl doch kein Gerücht gewesen zu sein, sonst würde man ja nicht eine Ertüchtigung der Umfahrungsstrasse konkret prüfen.

Peter Küng (SP) dankt für die stadträtlichen Ausführungen und meint, dass damit doch einige Unsicherheiten beseitigt werden konnten. Im November dieses Jahres kommt die wichtige Elba-Abstimmung mit einem Investitionsvolumen von 1,8 Mia. Franken an die Urne. Es muss befürchtet werden, dass bei einer allfälligen Realisierung dieses Projektes der Kanton wohl kein Geld mehr für andere Strassenprojekte wie die Sanierung der Umfahrungsstrasse A22 in Liestal haben wird.

Diego Stoll (SP) interessiert es, ob und in welcher Zeitspanne die Ergolzbrücke saniert wird.

Stadtrat Franz Kaufmann meint, er könne diese Frage heute noch nicht beantworten.

Hanspeter Zumsteg (GL) findet es unverständlich, wie die Baudirektion des Kantons das A22-Sanierungsprojekt seit Jahren vor sich hinschiebt und nun im Unterbaselbiet das Elba-Luxusstrassenprojekt realisieren will. Die Baudirektion sollte in den Fokus genommen werden und eine gute Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden angestrebt werden, damit man zum Ziel kommt.

Stadtrat Franz Kaufmann führt aus, dass die Sanierung der A22 auch städtebaulich sehr einschneidend sein wird, was auf die Erhöhung der Strasse und auch Erhöhung der Lärmschutzwände zurückzuführen ist. Während der Phase der Ertüchtigungsarbeiten könnte man vielleicht auch über andere Lösungsansätze nachdenken.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/200.

298 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Protokoll der Ratssitzung vom 26. August 2015

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert darüber, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll der letzten Sitzung eingegangen sind.

Sie kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Protokoll aus der Ratsmitte keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 26. August 2015 wird einstimmig genehmigt.

299 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2015/199)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist, keine Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden und sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass die Vorgeschlagenen offen und gesamthaft gewählt werden.

://: Gemäss den Wahlvorschlägen der Fraktionen werden einstimmig folgende Ratsmitglieder in die einwohnerrätlichen Kommissionen gewählt:

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- Mundschin Patrick (CVP/EVP/GLP) anstelle Hügli Corinne als Ersatzmitglied

Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)

- Schäublin Max (FDP) anstelle Jeitziner Karin als Mitglied

300 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Armut - Postulat „Armut in Liestal: Jährliche Berichterstattung“ von Marianne Quensel und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2015/179)

Das Postulat hat folgenden Inhalt:

Patrick Mägli
Marianne Quensel
SP Fraktion

Liestal, 19. März 2015

Postulat

Armut in Liestal: Jährliche Berichterstattung

Liestal gehört zu den am meisten von Armut betroffenen Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft. Angesichts stetig steigender Sozialhilfekosten gilt es regelmässig Angaben zu den von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen zu erheben. Welche Personen (Altersgruppen, soziale Gruppen, Haushaltstypen, Lebensphasen und Lebensformen) sind bei der Sozialhilfe angemeldet und auf ihre Unterstützung angewiesen? Wie viele davon sind trotz Arbeitsstelle von der Sozialhilfe abhängig (working poor)? Die erhobenen Informationen sollen als Grundlage für eine solidarische, verantwortungsvolle und vorausschauende kommunale Sozialpolitik dienen.

Das Dokument „Informationen zur Sozialhilfe“, das der Stadtrat der FIKO im Rahmen des Budgets 2015 abgegeben hat, könnte als Vorlage für eine solche Berichterstattung dienen. Evtl. könnten noch weitere allenfalls verfügbare Zahlen zusammengetragen werden.

Wir bitten den Stadtrat, die Einführung einer jährlichen Berichterstattung zur Armut im Rahmen des Amtsberichts, der Rechnung, des Budget oder eines selbstständigen Berichts zu prüfen.

Marianne Quensel, SP-Fraktion

Patrick Mägli, SP-Fraktion

* * * * *

Stadträtin Marion Schafroth sagt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zu übernehmen. Sie schlägt vor, dass das Postulat nach der stadträtlichen Stellungnahme und Berichterstattung dann gleich auch als erfüllt wieder abgeschrieben wird. Die von den Postulanten gewünschte Berichterstattung des Stadtrates soll Rahmen des jährlichen Amtsberichtes erfolgen.

Patrick Mägli (SP) hält als Postulant fest, dass in den Zeitungen der letzten Woche zu lesen war, dass Liestal zu denjenigen Gemeinden im Kanton gehört, die am meisten von der Armut betroffen sind. Die Sozialhilfequote des Kantons von 2,7 % liegt unter dem schweizerischen Durchschnitt, doch ist in Liestal die Quote von 4,9 % im Jahre 2013 auf 5,6 % im 2014 angestiegen. Damit liegt Liestal im Kanton Baselland hinter Pratteln an zweiter Stelle. Viele Einwohner sind in Liestal von der Armut betroffen und deshalb ist dieses Thema eine zentrale Herausforderung. Es ist deshalb für den Einwohnerrat wichtig, dass er vom Stadtrat regelmässig über die aktuellen Zahlen der von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppe informiert wird. Mit dem FIKO-Bericht zum Budget 2015 sind diese Zahlen dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht worden, was sehr eindrücklich und informativ war. Den Postulanten ist eine jährliche Berichterstattung wichtig und es geht nicht darum, die Verwaltung mit zusätzlichen Arbeiten zu belasten, denn die Zahlen sind grösstenteils ja schon vorhanden. Eine In-

tegration im stadträtlichen Amtsbericht macht Sinn. Es werden auch Meinungen vertreten, dass mit einem solchen Bericht das Image von Liestal verschlechtert würde, doch ist er genau vom Gegenteil überzeugt, denn damit kann doch bewiesen werden, dass man auch diese schwierige Situation angehen möchte und nicht einfach unter dem Deckel halten will. Natürlich erreicht man mit solchen Berichten noch gar nichts für die Betroffenen. Als mögliche Massnahme wird aber ja beispielsweise die Gemeindeinitiative betreffend den Sozialhilfekosten eingereicht, denn es kann ja nicht sein, dass einzelne Gemeinden wie Grellingen und Liestal mit hohen finanziellen Belastungen alleine gelassen werden. Die Postulanten bitten um die Überweisung ihres Vorstosses und können sich damit einverstanden erklären, dass dieser gleich beantwortet und abgeschrieben wird.

Bruno Imsand (FDP) führt aus, die FDP-Fraktion unterstütze das Postulat, möchte jedoch, dass die gewünschten Zahlen vom Stadtrat wirklich in einer Kurzfassung geliefert werden. Denn man kann nicht von der Verwaltung immer mehr verlangen und dann wegen den ansteigenden Lohnkosten staunen. Als schlechtes Musterbeispiel sei der Armutsbericht 2014 des Kantons erwähnt, welcher viel Papier, aber wenige gebrauchbare Informationen enthält.

Georg Ambühl (SVP) teilt mit, seine Fraktion lehne die Motion ab und unterstütze die Abschriftung.

Verena Baumgartner (GL) meint, die Armut existiere auch in Liestal und deshalb unterstütze ihre Fraktion die Überweisung sowie das weitere Vorgehen betreffend dem Vorstoss.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass bereits erwähnt wurde, dass der kantonale Armutsbericht 2014 sehr umfangreich ist. Die von den Postulanten gewünschten Daten können nicht vollumfänglich diesem Bericht entnommen werden und deren Beschaffung dürfte schwierig und aufwändig sein. Ihre Fraktion ist nicht damit einverstanden, dass Armut und Sozialhilfe gleich gestellt werden, denn es gibt wohl arme Leute, die keinerlei Sozialhilfe beziehen und fairerweise doch auch erfasst werden sollten. Aufwand und Ertrag dürften bei der gewünschten Datenbeschaffung nicht gegeben sein und so sollte doch die ganze Entwicklung basierend auf dem kantonalen Armutsbericht weiter verfolgt werden. Auch die Stadt Liestal muss auf ihre Finanzen schauen und so macht es keinen Sinn, zusätzliche Stellenprozente auf der Verwaltung zu schaffen, um solche Datenerhebungen machen zu können. Die Mittefraktion spricht sich mehrheitlich gegen eine Überweisung des Postulates an den Stadtrat aus.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) möchte vom Stadtrat wissen, weshalb dieser denn den Vorstoss übernehmen möchte und wie dessen Berichterstattung aussehen könnte.

Stadträtin Marion Schafroth sagt, ihr gefalle der Begriff „Armutsbericht“ nicht und im Postulat werden Angaben betreffend den Sozialhilfeunterstützungen thematisiert. Der Stadtrat beabsichtigt nicht, einen separaten umfangreichen Bericht zu schreiben, da dafür ja schon die Stellenprozente auf der Verwaltung fehlen. Kurz und knapp soll auf 1 bis 2 Seiten mit Zahlentabellen über Altersstruktur, Berufsgattungen, Ausländeranteil, Geschlechterverteilung usw. der Sozialhilfebezüger informiert werden, wie man dies zu Händen der FIKO bereits bei der Beratung des Budget 2015 getan hatte. Es sollen darin nur Fakten aufgezeigt und keine strategischen Massnahmen und Verbesserungsvorschläge thematisiert werden. Erwähnt sei auch an dieser Stelle, dass viele Daten bereits von der Homepage des Kantons beschafft werden können.

Marianne Quensel (SP) hält als Postulantin fest, dass es den Verfassern des Vorstosses wichtig ist, dass der erwähnte Bericht der Sozialen Dienste im Zusammenhang mit dem FIKO-Bericht zum Budget 2014 bzw. die darin erwähnten Zahlen fortgeschrieben und dem Einwohnerrat zur Verfügung gestellt werden. Diese Zahlen sind von der Verwaltung relativ rasch geliefert worden und so kann der Verwaltungsaufwand auch nicht riesig sein.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren betreffend der Überweisung des Postulates an den Stadtrat angemeldet werden.

://: Mit 24 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach Umfrage feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren betreffend der Abschreibung des Postulates angemeldet werden, wie dies vom Stadtrat vorgeschlagen wird.

://: Da der Vorstoss vom Stadtrat bereits beantwortet wurde, wird das Postulat Nr. 2015/179 einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

301 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Raumplanerische Zukunft beider Frenkentäler - Schriftliche Antwort Stadtrat betreffend Interpellation zur raumplanerischen Zukunft der beiden Frenkentäler von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/180)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass der Vorstoss vom Stadtrat wunschgemäss mit der Vorlage Nr. 2015/180a schriftlich beantwortet wurde.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt als Interpellantin, sie sei mit der Antwort zufrieden und wünsche die Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) bedankt sich als Interpellantin für die ausführliche Beantwortung ihres Vorstosses durch den Stadtrat. Sie sehe nun die Idee des Projektes, bei welchem verschiedene Interessengruppen involviert sind und bei welchem Ideen der beiden Frenkentäler entwickelt werden können. Es besteht keine rechtliche Verbindlichkeit und ob eine Zusammenarbeit möglich ist, weiss man im heutigen Zeitpunkt noch nicht. In Liestal müsste auch der Bürgerrat mit ins Boot genommen werden. Sie ist gespannt auf das Resultat der Testplanung und freut sich über weitere Informationen.

Roman Schmied (GL) dankt namens der Grünen Fraktion ebenfalls für den interessanten Bericht des Stadtrates. Eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit wird begrüsst und befürwortet. Der Kanton Baselland ist sehr zentralistisch und eine stärkere direktere Kommunikation unter den Gemeinden wäre wünschenswert, damit nicht alles über den Kanton gesteuert werden muss. Auch können gewisse Demokratiedefizite aufgehoben werden, welche durch Zweckverbände entstanden sind. Eine Zusammenarbeit muss immer auf der richtigen Ebene stattfinden und betreffend dem Bedarf an Strukturen usw. macht ein vermehrtes Zusammengehen der Gemeinden Sinn. So könnten Gemeinden fusionieren und Synergien nutzen, denn eine doppelt so grosse Stadt braucht nicht doppelt so viele Ressourcen, sondern nur etwa 80 Prozent mehr, zumal sie dann noch rund 120 Prozent mehr erwirtschaftet. Liestal ist das historische und auch natürliche Zentrum der beiden Frenkentäler, weshalb diese die Rolle beim laufenden Projekt selbstbewusst übernehmen sollte. Auch seine Fraktion warte gespannt auf die Resultate der Testplanung und die objektive Analyse der Situation, welche von aussen kommen wird.

Stadtpräsident Lukas Ott dankt für die gute Aufnahme der stadträtlichen Interpellationsbeantwortung im Rat. Eine regionale Zusammenarbeit ist wohl schlicht und einfach das Gebot der Stunde, denn wohl alle leiden unter dem kleinstrukturierten politischen System. Es ist wichtig, dass Gemeinden gemeinsame Perspektiven entwickeln und eine gemeindeübergreifende Raumplanung gemäss gesetzlichem Auftrag auch angehen. Ziel ist es natürlich, dass ein regionales Entwicklungskonzept formuliert werden kann und die Gemeinden in der Lage sind, gemeindeübergreifende strategische Vorstellungen zu formulieren. Es soll aber ein pragmatisches Vorgehen sein, denn alle Gemeinden sind schliesslich selbst genügend gross und selbständig, weshalb man auch niemanden in ein Verfahren hinein zwingen möchte. Auf der kantonalen Ebene laufen parallel die Arbeiten betreffend dem Gemeindestrukturen-Gesetz, welches unter anderem eine institutionalisierte regionalisierte Zusammenarbeit mit den Regionalkonferenzen vorsieht. Aus Sicht des Stadtrates sowie den Gemeinden der beiden Frenkentäler braucht es dieses Gesetz nicht, doch wird auch damit aufgezeigt, in welcher Richtung es auch aus Sicht des Kantons gehen soll.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/180.

302 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Verlauf Einwohnerratsgeschäfte in Webseite - Postulat betreffend Aufnahme des „Verlaufs“ der Einwohnerratsgeschäfte in die Liestaler Webseite von Corinne Hügli der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/183)

Das Postulat hat folgenden Inhalt:

Einwohnerrat Liestal
Corinne Hügli
CVP/EVP/GLP-Fraktion

Liestal, 27.04.2015

Postulat

Aufnahme des „Verlaufs“ der Einwohnerratsgeschäfte in die Liestaler Webseite

Auf kantonaler Ebene kann zu jedem Landratsgeschäft dessen Verlauf via Kantonswebseite detailliert abgefragt werden. In der Übersichtsliste sind die Geschäfte dabei auf die relevanten Sitzungsprotokolle verlinkt und jedes Landratsgeschäft verfügt im PDF-Dokument über einen Link „Verlauf dieses Geschäfts“. Dies ist für politisch interessierte Bürger oder die Politiker selbst eine wertvolle Information und Arbeitsgrundlage, welche sonst mühsam aus Protokollen herausgesammelt werden muss.

Die wichtige Information zum Verlauf eines politischen Geschäfts fehlt auf der Liestaler Webseite für die Geschäfte des Einwohnerrats komplett. Zum Zweck einer besseren Übersicht über den Stand der politischen Geschäfte in Liestal wäre sie jedoch unabdingbar.

Ich bitte den Stadtrat, zu prüfen und zu berichten, ob der Verlauf der ER-Geschäfte zukünftig wie auch rückwirkend in die Liestaler Webseite aufgenommen werden kann.

Corinne Hügli, CVP/EVP/GLP-Fraktion

* * * * *

Stadtpräsident Lukas Ott sagt, dass der Stadtrat bereit sei, das Postulat zu übernehmen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält stellvertretend für die Postulantin Corinne Hügli fest, dass es aktuell sehr schwierig ist, den Verlauf von Einwohnerratsgeschäften nachvollziehen zu können. So wäre es für den politisch interessierten Bürger eine grosse Hilfe, wenn dieser Verlauf auf einen Blick ersichtlich wäre, wie dies ja bei den Landratsgeschäften auch der Fall ist. Mit dem Vorstoss soll deshalb überprüft werden, ob der Verlauf der Geschäfte auf der Homepage der Stadt nicht auch analog dem Kanton aufgezeigt werden könnte. Man ist überzeugt, dass eine rasche und kostengünstige Umsetzung möglich wäre.

Werner Fischer (FDP) sagt, seine Fraktion spreche sich gegen eine Überweisung des Vorstosses aus, da Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen. Das Parlament der Stadt Liestal kann mit dem Kantonsparlament schlecht verglichen werden, zumal die Geschäfte des Einwohnerrates relativ gut überschaubar sind. Anhand der Angaben auf der Homepage hat man doch relativ rasch einen guten Überblick über die laufenden Ratsgeschäfte. Weitere und zusätzliche Massnahmen würden wieder Ressourcen beanspruchen und zusätzliche Kosten verursachen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) findet es gut, dass der Verlauf der zum Teil komplexen Landratsgeschäfte nachvollziehbar ist. Auch in der Stadt Liestal können die vergangenen und laufenden Geschäfte bereits auf der Homepage eingesehen bzw. elektronisch abgerufen werden und es müssten eigentlich nur noch einige Punkte miteinander verknüpft werden. Marginale Anpassungen sind wohl ohne grösseren zusätzlichen Aufwand möglich und sollten keine weiteren Stellenprozente beanspruchen, um die Begehrlichkeiten des Vorstosses erfüllen zu können. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass einige marginale Anpassungen mit dem vorhandenen Personal möglich sein sollte, weshalb man der Überweisung des Postulates an den Stadtrat nicht zustimmen wird.

Verena Baumgartner (GL) legt dar, dass die Grüne Fraktion die Idee der Postulantin unterstützen kann, denn über den Stand eines Geschäftes kann man sich oftmals erst nach Sichtung einiger Dokumente ein Bild machen. Ihre Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen.

Peter Küng (SP) meint, dass die Software für die Erfüllung des Postulates wohl schon vorhanden ist und unser Ratsschreiber dürfte genügend versiert sein, um die gewünschten Arbeiten ohne grösseren zeitlichen Mehraufwand erledigen zu können. Die SP-Fraktion wird der Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat zustimmen. Nach Vorliegen des stadträtlichen Berichtes könnte der Rat betreffend dem Vollzug immer noch einen anderen Entscheid fällen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) gibt zu bedenken, dass die Nachführung der Geschäfte insbesondere für neue Ratsmitglieder eine Arbeitserleichterung sein dürfte. Die Machbarkeit sollte vom Stadtrat zumindest abgeklärt werden, damit der Rat basierend auf dem stadträtlichen Bericht schlussendlich entscheiden kann.

Daniel Spinnler (FDP) führt aus, man habe bereits heute die Möglichkeit, sich nach googeln und Sichtung der stadt eigenen Homepage über vergangene und laufende Einwohnerratsgeschäfte ein Bild machen. Der Ratsschreiber muss ja nicht unbedingt mit zusätzlicher Arbeit beschäftigt werden, werden von ihm doch bereits heute laufend die pendenten Geschäfte nachgeführt und die Liste kommuniziert. Die Begehrlichkeiten der Postulantin können wohl erfüllt werden, ohne dass man dafür gleich ein Postulat an den Stadtrat überweist.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 21 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2015/183 an den Stadtrat überwiesen.

303 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Sanitäre Anlagen Feuerwehrmagazin - Bericht Stadtrat zum Postulat „Geschlechtergerechte sanitäre Anlagen im Feuerwehrmagazin“ von Verena Baumgartner der Grünen Fraktion und Markus Rudin der SVP-Fraktion (Nr. 2014/163)

Ratspräsidenten Meret Franke (GL) informiert darüber, dass das Geschäft auf Vorschlag der Postulanten an der letzten Ratssitzung von der Traktandenliste abgesetzt und auf die heutige Sitzung neu traktandiert wurde.

Ratsmitglied Pascal Porchet (FDP) tritt bei diesem Geschäft in den Ausstand, da er vom Stadtrat als Architekt mit dem Bauprojekt beauftragt wurde.

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, dass für dieses Geschäft grundsätzlich das Stadtbauamt verantwortlich zeichnet, sie aber als Sicherheit-Departementsvorsteherin kurz über einige neue Aspekte und die stadträtlichen Schlussfolgerungen informieren möchte. Es ist noch nicht offiziell auf politischer Ebene und doch deutet es sich an, dass sich vielleicht Fusionsverhandlungen mit angrenzenden kleineren Feuerwehrverbänden abzeichnen könnten, welche gar innert kurzer Zeit von 1 - 2 Jahren Wirklichkeit werden könnten. Die Feuerwehrkommission gab zu erkennen, dass man die im Vorstoss und im stadträtlichen Bericht thematisierten Bauarbeiten wegen den neuen Erkenntnissen nun nicht über das Knie brechen möchte. Bei einer Fusion würden sich die Personalbestände ändern, Anpassungen und Vergrösserungen betreffend Räumlichkeiten, Fahrzeugpark usw. wären nötig und so macht es Sinn, dass man diese bei den nächsten Investitionen und baulichen Massnahmen mitberücksichtigen würde. Das Projekt betreffend den sanitären Anlagen ist ausgeschaffen worden, doch ist der Stadtrat der Meinung, dass das Bauprojekt im Moment noch nicht realisiert und der beantragte Kredit gesprochen werden soll. Es ist nicht gerechtfertigt, dass im jetzigen Stadium der Unsicherheit rund CHF 100'000.-- für etwas ausgegeben werden, was sich schon nach kurzer Zeit als Fehlinvestition erweisen könnte. Von der Feuerwehr habe sie Signale bekommen, dass sich die dienstleistenden Feuerwehrfrauen damit abfinden können, dass das Projekt betreffend den sanitären Anlagen noch für ein paar wenige Jahre auf Eis gelegt wird. Der Stadtrat hat den Bedarf und die Notwendigkeit betreffend den sanitären Anlagen im Feuerwehrmagazin erkannt, möchte aber dem Rat angesichts den neuen Erkenntnissen konsequenterweise doch empfehlen, dass der Einwohnerrat heute den beantragten Kredit nicht genehmigt.

Verena Baumgartner (GL) nimmt als Postulantin zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/163a sowie den Ausführungen von Stadträtin Marion Schafroth Stellung: Dem Stadtrat und der Verwaltung danken die Postulanten für die rasche Beantwortung des Vorstosses sowie dem Willen für eine kurzfristige Umsetzung der Bauarbeiten bis Ende Jahr bestens. Beim Projekt sind 20 Garderoben für Frauen geplant worden, bereits heute sind es aber 23 Feuerwehrfrauen und nach der Rekrutierung vom heutigen Abend dürften es noch mehr dienstleistende Frauen der Feuerwehr sein. Nach den vorgängigen Ausführungen ist die Ausgangslage tatsächlich nochmals absolut neu und sollten sich die Fusionen tatsächlich bewahrheiten, würden Kosten und Nutzen tatsächlich nicht mehr stimmen. Die Postulanten stellen deshalb folgenden Antrag: Der Stadtrat wird eingeladen, die mittel- und längerfristige Planung des Feuerwehrmagazins, in Rücksprache mit der Feuerwehrkommission und unter Betrachtung von zukünftigen Entwicklungen und möglichen Fusionen, zu prüfen und dazu eine Sondervorlage mit Kreditantrag zu erarbeiten und dem Einwohnerrat zu unterbreiten.

Markus Rudin (SVP) dankt als Mitunterzeichner des Postulates dem Stadtrat und der Verwaltung ebenfalls für die speditive Arbeit. Auch die Feuerwehrkommission ist der Meinung, dass die Investition von rund CHF 100'000.-- im jetzigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, denn bereits ab 2016 dürften es rund 30 Feuerwehr-Frauen sein, welchen aber nach Abschluss der geplanten Bauarbeiten nur 20 Garderoben zur Verfügung stehen würden. Das Feu-

erwehrmagazin ist zwischenzeitlich auch schon 30 Jahre alt und das Flachdach ist beispielsweise auch nach Notreparaturen immer noch undicht, weitere Reparaturen stehen an und die Notwendigkeit weiterer Sanierungsarbeiten sollte einmal genau geprüft werden. Anfragen von Feuerwehr-Fusionen liegen konkret vor und so ist er ebenfalls der Meinung, dass vom Rat der beantragte Kredit heute nicht bewilligt werden sollte.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält betreffend dem weiteren Vorgehen fest, dass der stadträtliche Auftrag nach der Beantwortung des Postulates mit dem Bericht Nr. 2014/163a formell erfüllt ist. Sie macht beliebt, dass der Rat den Bericht zur Kenntnis nimmt, den beantragten Nachtragskredit ablehnt und das Postulat als erfüllt abschreibt. Die Postulanten könnten dann den heute gestellten Antrag mit einem neuen Vorstoss einreichen. Alternativ könnte der Vorstoss Nr. 2014/163 von den Postulanten einfach zurückgezogen und gegebenenfalls wieder neu eingereicht werden.

Dominique Meschberger (SP) teilt mit, dass sich die SP-Fraktion damit einverstanden erklären kann, dass die Bauarbeiten nicht wie geplant bis Ende 2015 ausgeführt werden.

Daniel Spinnler (FDP) meint, es gebe verschiedene Lösungsansätze betreffend dem weiteren Vorgehen. Mit der Einreichung eines neuen Vorstosses dürfte es wieder länger dauern und so würde es wohl eher Sinn machen, wenn der Stadtrat im Budget 2016 einen Planungskredit betreffend dem Feuerwehrmagazin einstellen würde, damit nächstes Jahr mögliche Sanierungsarbeiten mit möglichen Varianten, mit und ohne Fusion von Feuerwehren, geprüft werden können. Eine mittel- und langfristige Betrachtung betreffend dem Feuerwehrmagazin und Infrastrukturen wäre so oder so nötig.

Stadtrat Franz Kaufmann möchte den Rat daran erinnern, mit welcher Vehemenz und Vorwürfen an den Stadtrat das Postulat überwiesen wurde. Nach Vorliegen des stadträtlichen Berichtes geht man aber heute doch recht salopp mit dem Geschäft um und erwähnt dabei beiläufig noch weitere Folgeprojekte, Begehrlichkeiten usw. Der vom Stadtrat beauftragte Architekt hatte den Bedarf an Garderoben usw. sicher mit der Feuerwehr abgeklärt. Heute werden diese Zahlen bereits in Frage gestellt und somit sind nebst dem Verwaltungsaufwand noch mehrere tausend Franken in den Sand gesetzt worden. Und was soll der Stadtrat planen, wenn zeitgleich noch Fusionsverhandlungen usw. geführt werden? Er macht beliebt, dass sich der Rat heute klar betreffend den stadträtlichen Anträgen äussert sowie Klarheiten schafft, nachdem der Stadtrat seine Aufgaben gemacht hat.

Stadträtin Marion Schafroth ist ebenfalls der Meinung, dass nun nicht alle Feuerwehrgeschäfte miteinander vermischt werden. Denn sollte es tatsächlich zur Fusion mit anderen Feuerwehren kommen, müsste sich der Stadtrat so oder so mit den Folgen in einer grösseren Planung befassen, ohne dass dafür ein Vorstoss des Einwohnerrates vorliegt.

Diego Stoll (SP) sagt, auch er habe die Postulatsüberweisung an den Stadtrat unterstützt. Das Geschäft erinnert ihn an einen früheren Vorstoss betreffend dem Bahnhof-Lift. Auch dieses Anliegen war berechtigt und die Baukosten hätten sich auf rund CHF 300'000.-- belaufen, wobei man schlussendlich auf die Realisierung wegen einer neuen Ausgangslage verzichtet hatte. Unter Berücksichtigung der neuen Erkenntnisse hat er nun heute ebenfalls Mühe damit, einen Kredit von CHF 100'000.-- betreffend dem Feuerwehrmagazin zu bewilligen, weshalb er den Vorgehensvorschlag der Ratspräsidentin betreffend den stadträtlichen Anträgen unterstützt.

Daniel Spinnler (FDP) sagt, auch er würdige und verdanke die rasche Postulatsbeantwortung durch den Stadtrat. Betreffend der Vehemenz im Rat im Zusammenhang mit der Postulatsüberweisung möchte er doch daran erinnern, dass zuvor 10 Jahre nichts gegangen war. Und mit dem von ihm unterbreiteten Vorschlag betreffend einem Planungskredit sowie Eventualplanung könnte vermieden werden, dass nicht nochmals weitere 10 Jahre verstreichen, ohne dass etwas geht. Natürlich kann der Stadtrat ohne einen einwohnerrätlichen Vorstoss

von sich aus Planungen in Angriff nehmen, doch spätestens wenn diese Geld kosten, hat auch der Rat dazu etwas zu sagen. Er befürworte nach wie vor proaktive Abklärungen sowie Planungen, damit man zur gegebenen Zeit bei einer Fusion mit anderen Feuerwehren etc. gewappnet wäre.

Verena Baumgartner (GL) hält als Postulantin fest, dass das Postulat eigentlich erfüllt ist, doch nun hat sich die Ausgangslage geändert. Die Postulanten würden auch ihren Antrag zurückziehen, sollte dies im Sinne des Rates sein. Gegebenenfalls könnte man wieder einen neuen Vorstoss einreichen, sollte betreffend den sanitären Anlagen im Feuerwehrmagazin nichts getan werden.

Stadtpräsident Lukas Ott meint, die eleganteste Möglichkeit des Einwohnerrates wäre es doch, wenn dieser heute den stadträtlichen Bericht an den Stadtrat zurückweisen würde. Damit würde der Auftrag des Vorstosses bestehen bleiben und der Stadtrat könnte zur gegebenen Zeit einen neuen Lösungsvorschlag unterbreiten.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) ist erstaunt, dass das Bauprojekt nun wegen angeblichen Fusionen der Feuerwehren sistiert werden soll, obwohl diesbezüglich keine konkreten Angaben und Details gemacht werden. Und wenn man heute schein weiss, dass ab 2016 sanitäre Anlagen für 30 Frauen bereit stehen sollten, wären die baulichen Massnahmen erst recht gerechtfertigt. Aufgefallen ist in der Mittefraktion, dass gemäss Projektvorschlag die Männer nicht mehr in die Garderoben der Frauen blicken können, doch umgekehrt ist dies möglich.

Stadtrat Daniel Muri schlägt vor, dass Pascal Porchet als Projektverfasser den geschilderten Sachverhalt kurz erklärt, obwohl dieser im Ausstand ist.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass sich aus dem Rat niemand mehr zum Geschäft äussern möchte und sie deshalb nun über den Rückweisungsantrag abstimmen lässt.

://: Der Einwohnerrat weist einstimmig bei 1 Enthaltung den stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/163a zurück.

304 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Bäume im Siedlungsgebiet - Postulat „Bäume im Siedlungsgebiet“ von Pascal Porchet der FDP-Fraktion (Nr. 2015/190)

Das Postulat hat folgenden Inhalt:

Einwohnerrat
Pascal Porchet
FDP Fraktion

Liestal, den 12.06.2015

Postulat

Bäume im Siedlungsgebiet

In Liestal wird geplant, gebaut, renoviert und investiert. Quartierpläne und Bauvorhaben werden bewilligt, es wird verdichtet und das ist gut so. Zusätzlich sind wir in der glücklichen Lage, dass wir in unserer Gemeinde den grössten Waldanteil im Kanton besitzen.

*Es ist aber auch so, dass im Siedlungsgebiet der einzelne Baum verloren geht. Vor meinem geistigen Auge sehe ich je länger je weniger **solitär Bäume** in den Gärten von Wohnhäusern, Überbauungen und Gewerbegebieten.*

Grund dafür ist der Grenzabstand welcher „ein“ Baum einhalten muss. Ein schöner grosser Baum muss zwischen 3.0 bis 6.0 Meter von der Parzellengrenze entfernt stehen. Es fällt auf, dass in neuen Siedlungsgebieten keine grossen Bäume wachsen und nur Hecken und Büsche angepflanzt werden. Die bauliche Entwicklung und die Reduktion der Grenzabstände für Gebäude verhindern dies.

Im Sinne der Tierwelt und der Einwohner von Liestal wäre es ein Gewinn neue grosse Bäume im Siedlungsgebiet wachsen zu sehen.

Der Stadtrat wird eingeladen zu berichten, unter welchen Umständen und mit welchen Massnahmen dieser Umstand geändert werden kann.

Im Namen der FDP Fraktion

Pascal Porchet

* * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann sagt, der Vorstoss basiere auf einer sehr subtilen Wahrnehmung des Stadtraumes von Liestal und Feststellung, dass mit der verdichteten Bauweise doch der Grünanteil im Siedlungsgebiet leidet. Der Stadtrat möchte aber den Vorstoss nicht übernehmen, denn die stadträtliche Antwort dürfte wohl zu einer Enttäuschung führen, da nämlich die Abstände im kantonalen Baugesetz geregelt sind. Bei einer nächsten Zonenreglement-Revision könnte man aber durchaus den Vorschlag des Postulanten wieder aufnehmen und thematisieren. Der Handlungsspielraum des Stadtrates ist bei der heutigen Gesetzgebung sehr gering und so machen weitere Abklärungen nach der Postulatsüberweisung wenig Sinn.

Pascal Porchet (FDP) kann es als Postulant verstehen, dass der Stadtrat seinen Vorstoss nicht übernehmen möchte, handelt es sich doch dabei um ein Minenfeld, da sich ja beispielsweise Friedensrichter im Zusammenhang mit Nachbarschaftskonflikten meist mit Bäumen, Hecken, Sträuchern usw. befassen müssen. Liestal verändert und verdichtet sich, werden doch beispielsweise bei den Quartierplanungen die Baumfluchten im Sinne der Fassaden und Gebäudehöhen festgelegt. Die Bau- und Planungskommission befasst sich in den letzten fünf Jahren bei den letzten 20 Quartierplanungen schwergewichtig mit den Bauten mit

über 1'000 Wohnungen. So sind bei der neuen Überbauung oberhalb des Gymnasiums zahlreiche Hecken gesetzt, jedoch kein einziger neuer Baum gepflanzt worden. Dies dürfte vor allem damit zusammenhängen, dass man bei den teuren Bodenpreisen natürlich auf den minimalen Grenzabstand von drei Metern geht. Und da bei Solitärbäumen dieser Grenzabstand auch eingehalten werden muss, werden solche dann halt einfach gar nicht mehr gesetzt. Dass Liestal über den grössten Waldanteil des Kantons verfügt, dürfte allen Ratsmitgliedern auch bekannt sein, doch dies sollte kein Argument dafür sein, dass man immer weniger Bäume im Siedlungsgebiet vorfindet. Bei der letzten Zonenplanrevision ist auch die Grünflächen-Ausscheidung thematisiert und in diesem Zusammenhang der bestehende Baumbestand im Siedlungsgebiet lobend anerkannt und gewürdigt worden. Die Gesetzgebung sagt nichts über den Baumbestand und die Wahrnehmung ist nun, dass mit der Möglichkeit einer verdichteten Bauweise die Bäume je länger je mehr keinen Platz mehr im Siedlungsgebiet haben. Mit dem Postulat wollte er sensibilisieren, damit man bei künftigen Planungen nebst all den anderen Aspekten auch wieder einmal an die Bäume im Siedlungsgebiet denkt, da diese doch auch zu einer besseren Lebensqualität beitragen.

Bernhard Bonjour (SP) sagt, es sei doch erfreulich, dass sich Pascal Porchet als Verfasser des Vorstosses und als Architekt auch um die Bäume im Siedlungsgebiet kümmert. Der Überweisung des Postulates wird man zustimmen. Der Erhalt von Bäumen im Siedlungsgebiet ist wirklich ein ernsthaftes Problem und mögliche Massnahmen im Zusammenhang mit weiteren Quartierplanungen sollten durchaus geprüft werden.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) meint, Bäume im Siedlungsgebiet werden oftmals erst nach Erreichen einer gewissen Grösse zum Problem. Wenn mit dem Segen der Stadt die Bäume im Siedlungsgebiet gefördert werden sollen, geschieht dies im öffentlichen Interesse und ist somit nicht mehr eine alleinige Privatangelegenheit. Bäume können wegen Sehbinderungen, Schattenwurf usw. störend sein und dafür hätte dann die Stadt eine Mitverantwortung zu tragen und gar Folgekosten für das Fällen von Bäumen usw. zu übernehmen. Die Bepflanzung von Privatgärten soll weiterhin Sache der Eigentümer und nicht der Stadt Liestal sein. Seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung deshalb nicht zustimmen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, die Mittefraktion sei sich betreffend der Überweisung des Vorstosses nicht einig. Das Anliegen des Postulanten ist sinnvoll und es macht wohl auch Sinn, mögliche Massnahmen zum Erhalt und der Förderung von Bäumen bei künftigen Quartierplanungen etc. zu prüfen. Vor der Kantonsbibliothek sind seines Erachtens zu viele Bäume gepflanzt worden, so dass sich diese gar nicht zu Solitär-Bäumen entwickeln können und beim Postplatz ist eine schöne grosse Föhre gefällt und durch drei kleinere Bäume ersetzt worden. In Liestal war bis jetzt das Verständnis nicht vorhanden, dass ein sinnvoller Umgang mit Bäumen im öffentlichen Raum möglich war. Und so ist es fraglich, ob man mit einem stadträtlichen Bericht zum Postulat überhaupt etwas gewinnen und erreichen kann.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erstaunt es doch etwas, dass die Stadt den Bauherrschaften und Privateigentümern neu noch Vorschriften betreffend Bäumen machen soll. Das Anliegen des Postulanten ist berechtigt, doch diesbezügliche Vorschriften keine öffentliche Aufgabe und so ist der Vorstoss wohl an die falsche Adresse bzw. Zielgruppe gerichtet worden. Die Stadt Liestal könnte für den Erhalt von Bäumen auf ihrem eigenen Areal besorgt sein, doch dafür muss ja nicht ein Postulat an den Stadtrat überwiesen werden.

Werner Fischer (FDP) möchte sich zu einigen Aussagen der Vorredner äussern und diesen gar widersprechen. Wenn in kantonalen Gesetzen von grossen Bäumen die Rede ist, dann sind Obstbäume, Waldbäume und grosse Zierbäume gemeint. Natürlich haben grosse Bäume nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile. Hier im Rat wurde auch schon gesagt, dass im Siedlungsgebiet ein standortgerechter Baum oft mehr Sinn als ein einheimischer Baum macht, denn Letztere gehören halt doch meistens in den Wald. Erwähnt sei ebenfalls, dass man beispielsweise im Kanton Basel-Stadt keine Grenzabstände für Bäume kenne. Ein

stadträtlicher Bericht mit moderaten Vorschlägen wäre begrüßenswert, denn damit müssen ja nicht Privateigentümer zum Setzen von Bäumen verpflichtet werden. Hingegen könnten aber Verbesserungen im Graubereich der Gesetzgebung geprüft, vorgeschlagen und gegebenenfalls umgesetzt werden.

Pascal Porchet (FDP) führt aus, als Postulant würde es ihn grundsätzlich reizen, wegen den Argumenten der Nein-Sager für seinen Vorstoss und die Bäume im Siedlungsgebiet zu kämpfen. Festhalten möchte er, dass die Grenzabstände zu Bäumen nicht alleine im kantonalen Gesetz, sondern auch in kommunalen Erlassen geregelt sind. Hingegen möchte er die Verwaltung nicht mit der Beantwortung seines Postulates belasten, weshalb er dieses zurück zieht. Eine Sensibilisierung ist ihm wohl gelungen und er hofft, dass man sein Anliegen an einer nächsten BPK-Sitzung nochmals diskutieren wird.

Erledigt nach dem Rückzug des Vorstosses Nr. 2015/190 durch Postulant Pascal Porchet der FDP-Fraktion.

305 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Lichtemissionen - Interpellation betreffend Lichtemissionen von Anna Ott namens der Grünen Fraktion (Nr. 2015/192)

Die Interpellation hat folgenden Inhalt:

*Einwohnerrat Liestal
Anna Ott namens der Grünen Fraktion*

Interpellation betreffend Lichtemissionen

Die Schweiz leidet an Lichtverschmutzung. Es gibt keinen einzigen Ort mehr, wo in der Nacht natürliche Dunkelheit erreicht wird. Lichtverschmutzung kann sich in verschiedener Ausprägung auf die Gesundheit des Menschen auswirken, gefährdet die Tierwelt und beeinträchtigt das Pflanzenwachstum. Kurz: Künstliches Licht ist eine neue Umweltbelastung. Dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) und dem Lufthygieneamt beider Basel zufolge können Lichtemissionen ohne Einbusse an Lebensqualität und Sicherheit massiv reduziert werden. Zudem lässt sich damit auch Energie und viel Geld sparen. Das BAFU und das Lufthygieneamt beider Basel empfehlen den Gemeinden technische wie auch rechtliche Massnahmen.

Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Hat die Stadt Liestal Vorgaben für Leucht- und Dachreklamen und für Schaufenster?*
- 2. Wäre der Stadtrat bereit zu verordnen, dass Schaufenster in der Nacht nicht beleuchtet werden dürfen?*
- 3. Wäre der Stadtrat bereit zu verordnen, Leucht- und Dachreklamen nicht während der ganzen Nacht brennen zu lassen?*
- 4. Befürwortet der Stadtrat, die öffentliche Strassenbeleutungen auf den Gemeindestrassen nicht während der ganzen Nacht brennen zu lassen und ist er bereit, diese Massnahme zu prüfen? (Beispiel: Oberwil¹)*
- 5. Wird beim Bau neuer und bei der Umgestaltung bestehender Bauten und Anlagen schon in der Projektierungsphase darauf achten, dass die 5-Punkteregelung² für die Planung und den Betrieb von künstlichen Lichtquellen angewendet wird?*

Liestal, den 22. Juni

Anna Ott

* * * * *

¹ <http://www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/baselbiet/oberwil-spart-bei-der-strassenbeleuchtung-in-der-nacht-wirds-finster-128912445>

² <http://www.baselland.ch/Kunstlicht.319360.0.html>

Stadtrat Franz Kaufmann beantwortet die Fragen der Interpellantin:

Zu Frage 1: Ja, die Vorgaben sind im Reklamereglement und der dazugehörigen Verordnung enthalten.

Zu Frage 2: Auch in den stadteigenen Erlassen wird das Abschalten der Schaufensterbeleuchtungen verlangt.

Zu Frage 3: Auch die diesbezüglichen Bestimmungen sind bereits im kommunalen Regelwerk enthalten.

Zu Frage 4: Mit der Umstellung auf LED-Lampen kann auch die öffentliche Beleuchtung gedimmt und während der Nacht gar abgeschaltet werden, doch darf dabei der Sicherheitsaspekt nicht ausser Betracht gelassen werden.

Zu Frage 5: Ja, auf diese Vorgabe und die 5-Punkte-Regelung wird immer wieder hingewiesen.

Ergänzend möchte er an dieser Stelle noch festhalten, dass im Zusammenhang mit den Lichtemissionen auch der Nebeneffekt möglicher Stromkosten-Einsparungen auch immer wieder zu berücksichtigen ist.

Anna Ott (GL) sagt als Interpellantin, sie sei mit den Antworten zufrieden, wünsche aber die Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion vom Rat nicht bestritten wird.

Anna Ott (GL) hält fest, dass Lichtverschmutzungen sich nachteilig auf die Gesundheit der Menschen auswirken, Tiere gefährden und auch das Wachstum von Pflanzen nachteilig beeinflussen können. Für die Bewilligung von Beleuchtungen im öffentlichen Raum zeichnen ja meist die Gemeinden verantwortlich und die vorerwähnten kommunalen Bestimmungen werden auch in Liestal oftmals nicht eingehalten. Ein Herunterfahren der öffentlichen Beleuchtung könnte durchaus geprüft werden.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/192.

306 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Grenzsteine - Interpellation „Grenzen für Grenzsteine?“ von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion (Nr. 2015/194)

Die Interpellation hat folgenden Inhalt:

*Einwohnerrat Liestal
Daniel Spinnler, FDP-Fraktion*

Interpellation: Grenzen für Grenzsteine?

Gerne lebe ich in einer offenen, globalisierten und immer stärker virtualisierten Welt, in der die Landesgrenzen durch Handel, Tourismus etc. immer stärker überwunden werden können, wir einander dank Skype, Twitter, Whatsapp etc. immer näher sind.

Dadurch entsteht zwangsläufig aber auch die Illusion, dass scheinbar keine Grenzen mehr existieren. Leider scheint dies auch als Rechtfertigung für Übertretungen wie bspw. Voyeurismus und Exhibitionismus im Netz zu dienen.

Gerade hier gilt es Grenzen zu setzen, denn Grenzen sind für ein gemeinsames, friedliches Zusammenleben förderlich.

Grenzsteine sind ein Symbol dieser Grenzen und damit Bestandteil unserer Kultur:

Reale mit Wappen der Gemeinden behauene Grenzsteine sind gerade in der virtualisierten Welt greifbar und auch schön anzuschauen. Sie zeigen an, wo Gemeinden und Kantone beginnen und enden und damit auch wo unterschiedliche Regeln und Gesetze bzw. sogar andere Werte gelten.

*Diese Grenzen sind existent und werden es auch bleiben: **wieso sollte man sie also verbergen?***

Daher kann ich den Entscheid des Stadtrats nicht nachvollziehen, das Errichten eines Grenzsteins an der Grenze zu Füllinsdorf zu untersagen (Chlöpfgatter). Dies obwohl die Kosten von der Bürgergemeinde getragen worden wären. Der Gemeinderat von Füllinsdorf hatte bereits eingewilligt, die eine Hälfte des Steins auf dem eigenen Gemeindebann aufstellen zu lassen. Zusätzlich fällt auf, dass alte Grenzsteine im Wald vermoosen und verwitern.

Ich bitte daher den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten.

1. Wann wurde der Gesamtstadtrat über die Anfrage der Bürgergemeinde in Kenntnis gesetzt?
2. Wann wurde der Beschluss gefällt, die Grenzsteinsetzung zu verbieten?
3. Durch wen und mit welcher Begründung?
4. Welche Auswirkungen hat die Ablehnung eines emotional brisanten Thema auf eine förderliche Zusammenarbeit mit der Nachbar- wie auch mit der Bürgergemeinde?
5. Werden in Zukunft weitere Grenzsteine verhindert?
6. Wer ist verantwortlich für den Unterhalt der Grenzsteine?
7. Nach welchem Konzept werden diese unterhalten.

Daniel Spinnler, FDP-Fraktion

* * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann nimmt zu den Fragen des Interpellanten Stellung und schickt voraus, dass in der kantonalen Verordnung über die amtliche Vermessung auch die Kompetenzen bezüglich den Grenzsteinen geregelt sind. Gemäss § 23 sind die Einwohnergemeinden als öffentlich-rechtliche Körperschaft für die Grenzsteine zuständig.

Zur Frage 1: Im April 2013 hatte der Stadtrat eine Einladung der Bürgergemeinde Liestal zur Einweihung von zwei neuen Grenzsteinen erhalten und sich nach Sichtung der Rechtsgrundlage für diesen Apéro entschuldigen lassen.

Zur Frage 2: Der Stadtrat möchte grundsätzlich nichts verbieten, hat sich aber doch an die gesetzlichen Vorgaben zu halten.

Zur Frage 3: Der Stadtrat hatte den Entscheid gefällt und erklärt, dass er sich an die gesetzlichen Vorgaben halten möchte. Ergänzend zur ersten Frage möchte er noch festhalten, dass im September 2013 eine weitere Anfrage betreffend dem Grenzstein im Gebiet Chlöpfgatter eingegangen ist und nach der stadträtlichen Beratung hatte eine Aussprache des Stadtpräsidenten mit dem Bürgerratspräsidenten stattgefunden, bei welcher die stadträtliche Haltung nochmals dargelegt wurde.

Zur Frage 4: Aus Sicht des Stadtrates hat die ablehnende Haltung der Einwohnergemeinde keine negativen Auswirkungen, da es sich ja bei Grenzsteinen auch nicht um ein bedeutungsvolles Geschäft handelt. Auch ist es für den Stadtrat nicht nachvollziehbar, dass es sich gemäss Interpellant um ein emotional brisantes Thema handeln soll.

Zur Frage 5: Auch in Zukunft wird sich der Stadtrat an die gesetzlichen Vorgaben halten.

Zur Frage 6: Wie bereits eingangs erwähnt, zeichnen die Einwohnergemeinden verantwortlich für die Grenzsteine.

Zur Frage 7: Es gibt kein Konzept betreffend dem Unterhalt der Grenzsteine, doch werden diese ja seit Jahrhunderten beim jährlichen Banntag kontrolliert und gefeiert.

Der Stadtrat sieht betreffend den Grenzsteinen keinen weiteren Handlungsbedarf. Er findet es schon etwas eigenartig, dass das ihm Jahre 2013 diskutierte Thema Grenzsteine nun mit dem Vorstoss nochmals thematisiert wird.

Daniel Spinnler (FDP) ist als Interpellant mit den Antworten nur teilweise zufrieden und wünscht die Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion nicht bestritten wird.

Daniel Spinnler (FDP) sagt als Interpellant, dass die Anfrage betreffend dem Grenzstein Füllinsdorf noch neueren Datums ist und nach dem Jahre 2013 ein Thema war. Ihm ist bekannt, dass die Zuständigkeit bei der Einwohnergemeinde liegt und dass die Bürgergemeinde Liestal die Grenzsteine im Wald zu ihren Lasten ersetzen wollte. Grenzsteine sind sicher Identifizierungsobjekte und diese sollten doch als Kulturgut erhalten und unterhalten werden, wo dies nötig ist. Auch die Einwohnergemeinde könnte sich vielleicht einmal Gedanken darüber machen, welche Grenzsteine künftig erhalten werden sollen. Bei den Grenzsteinen handelt es sich um ein weiteres Thema, wo die Zusammenarbeit zwischen der Einwohnergemeinde und der Bürgergemeinde bzw. zwischen Stadtrat und dem Bürgerrat nicht wunschgemäss funktioniert, wie dies ja beim Waldwipfelpfad usw. vor kurzer Zeit auch der Fall war. Ein besseres Zusammengehen der beiden Gemeinden wie beispielsweise im Fall des Dichter- und Stadtmuseums wäre wünschenswert. Und so hätte der Stadtrat wohl auch das Geschenk der Bürgergemeinde betreffend den Grenzsteinunterhaltsarbeiten annehmen können.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) bedankt sich beim Interpellanten für den eingereichten Vorstoss und die stadträtlichen Antworten. Die Grenzsteine sind von grossem historischem Wert, sind Zeitzeugen der Geschichte, gehören zur Kultur und unserer Identität. Wir wollen ja nicht Grenzen manifestieren, doch sollen diese in Ehren gehalten werden. Weil viele Grenzsteine verfallen und teilweise gar nicht mehr erkenn- und lesbar sind, hatte der Bürgerrat die Idee, mit neuen zusätzlichen Grenzsteinen die Grenze entlang Liestal zu verschönern.

ern. Die alten Grenzsteine wollte man belassen und in Ehren halten. Die Nachbargemeinden wurden eingeladen, zum Grenzsteinprojekt der Bürgergemeinde Stellung zu nehmen und darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Bürgergemeinde Liestal sämtliche Kosten übernehmen wird. Man habe positive Rückmeldungen erhalten und in der Folge ist dann das Grenzstein-Projekt gestartet worden, worauf dann die beteiligten Gemeinden zur Einweihung der neuen Grenzsteine eingeladen wurden. Die Abmeldung des Stadtrates hatte natürlich schon etwas verwundert und der Grund war spätestens dann bekannt, als der Bürgerratspräsident von der Stadtverwaltung über die Rechtslage informiert wurde. Die Bürgergemeinde hatte zur Kenntnis genommen, dass die Hoheit über die Grenzsteine bei den Einwohnergemeinden liegt. Der Bürgerrat hatte den Fehler gemacht, dass er alle Nachbargemeinden zum Grenzsteinprojekt angehört hatte, jedoch die eigene Einwohnergemeinde nicht um ihre Bewilligung ersucht hatte. Die Interpellation ist aber nun doch eine gute Gelegenheit, die ganze Sache ins Lot bringen zu können. Stellvertretend für die Bürgergemeinde Liestal biete er der Einwohnergemeinde und Stadt Liestal zu Händen des Stadtpräsidenten betreffend der unterlassenen Einladung zum Grenzsteinprojekt die Entschuldigung an. Es war keine böse Absicht der Bürgergemeinde, sondern einfach nicht daran gedacht, auch die eigene Einwohnergemeinde zum Grenzsteinprojekt einzuladen. Dass die Grenzhoheit bei der Einwohnergemeinde ist, war auch für die Bürgergemeinde immer unumstritten. Es hat sich in dieser Angelegenheit ja auch niemand bereichert und es ist auch niemand zu Schaden gekommen, da die gesamten Kosten von der Bürgergemeinde Liestal selbst getragen wurden. Die Idee des Grenzsteinprojektes soll ein Beitrag der Bürgergemeinde sein, damit die Leute an ihren Gemeindegrenzen Freude haben können. Er bitte nun den Stadtpräsidenten, die Entschuldigung anzunehmen und den Abschluss dieser Angelegenheit mit einem Händedruck abzuschliessen.

[Einwohnerratsmitglied Hans Rudolf Schafroth schreitet zu Stadtpräsident Lukas Ott in die Mitte des Landratssaales, welcher die Entschuldigung verbunden mit einem Handschlag annimmt.]

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) teilt mit, für ihn sei es nach wie vor nicht klar, weshalb vom Stadtrat das Geschenk der Bürgergemeinde nicht angenommen wurde, denn damit wären ja das Gesetz und auch die Zuständigkeit nicht verletzt worden. Die Interpellation ist seiner Meinung nach nicht abschliessend beantwortet worden.

Diego Stoll (SP) möchte das Anliegen des Interpellanten nicht klein machen und findet es auch in Ordnung, dass man darüber redet. An der heutigen Sitzung wurden andere Vorstösse in wenigen Minuten beantwortet und erledigt, bei denen die Relevanz und Betroffenheit für die Allgemeinheit sicher grösser als beim Grenzstein-Thema war, welches nun schon bald eine halbe Stunde behandelt wird. Er macht beliebt, dass man hinter dieses Geschäft nun einen endgültigen Punkt setzt.

Karin Jeitziner (FDP) sagt, sie könne einige Voten ihres Einwohnerrats- und Bürgerratskollegen Hans Rudolf Schafroth durchaus auch unterstützen. Hätte der Stadtrat den Goodwill der Bürgergemeinde angenommen und sich nicht schwergewichtig mit Gesetzen usw. beschäftigt, wäre das Thema wohl längst erledigt.

Stadtrat Franz Kaufmann meint, beide Gemeinden sollten sich an die gesetzlichen Bestimmungen und Zuständigkeiten halten, denn der Stadtrat mischt sich ja beispielsweise auch nicht in das Einbürgerungswesen ein, für welches die Bürgergemeinde verantwortlich zeichnet. In regelmässigen Abständen treffen sich Delegationen des Stadtrates und Bürgerrates zu Gesprächen, bei welchen anstehenden Fragen und Probleme thematisiert werden, damit Missverständnisse wie im vorliegenden Fall des Grenzsteinprojektes geklärt werden können.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/194.

307 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Spitalfriedhof - Bericht Stadtrat zum Postulat „Spitalfriedhof erhalten“ von Gerhard Schafroth, Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/174)

Ratspräsidenten Meret Franke (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) dankt als Postulant für den stadträtlichen Bericht und bedauert es, dass Liestal wegen einem relativ kleinen Aufwand, den man nicht auf sich nehmen möchte, mit dem Spitalfriedhof ein kleines Bijou verlieren könnte. Es wäre schon wichtig, dass dieses Areal für die Öffentlichkeit erhalten werden könnte, obwohl der Spitalfriedhof ja nicht gerade im Zentrum von Liestal liegt.

Werner Fischer (FDP) sieht es nicht so ganz schwarz wie der Postulant und Vorredner. Mit der heutigen Formulierung im Zonenreglement ist ja der Erhalt des Spitalfriedhofs gesichert und die Forderung nach einer Freiraumgestaltung im Rahmen eines QP-Verfahrens möglich. Eine Änderung des Zonenreglementes müsste wiederum vom Einwohnerrat hier im Saal abgesegnet werden.

Fabian Eisenring (SP) berichtet, der SP-Fraktion sei das Fazit im stadträtlichen Bericht betreffend einem Erhalt des Spitalfriedhofes schon sehr wichtig und deshalb wird man auch dem Bericht sowie dem Antrag für eine Postulatsabschreibung zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) teilt mit, seine Fraktion unterstütze die Postulatsbeantwortung ebenfalls einstimmig. Wichtig wäre es natürlich, dass man nicht nur die Parkanlage, sondern ebenfalls die Kapelle erhalten könnte. Das Grundstück liegt in der Bauzone und dürfte bei einer Zonenplanänderung wohl in die OeW-Zone kommen, wovon Liestal ja schon über ungenutzte Flächen in dieser Zone verfügt. Gemäss gültigen Zonenvorschriften sollte aber ein Erhalt des Spitalfriedhofes im Sinne der Postulanten möglich sein.

Hanspeter Zumsteg (GL) bemerkt, dass wenn der Spitalfriedhof dann vielleicht doch einmal aufgegeben und neuen Nutzung zugeführt werden sollte, so liegt dieser doch in einer gut erschlossenen WG4-Zone mit einigen Naherholungsgebieten in der näheren Umgebung. Bei einer Quartierplanung könnte erreicht werden, dass beispielsweise Grünräume erhalten bleiben usw. Seine Fraktion unterstützt es, dass man im Siedlungs- und Baugebiet gut erschlossene Grundstücke bestmöglichst nutzt, damit beispielsweise ein ausuferndes Bauen im Rösental usw. verhindert werden kann. Seine Fraktion schliesst sich der stadträtlichen Haltung an und wird der Postulatsabschreibung zustimmen.

Stadtrat Franz Kaufmann dankt für die gute Aufnahme im Rat und stellt fest, dass Liestal trotz verdichteterem Bauen nach wie vor über Naturwerte im Zentrum verfügt, zu welchen man Sorge tragen sollte. Und bezüglich dem Votum des Postulanten kann festgehalten werden, dass in den Fussnoten 1 und 2 der Postulatsbeantwortung die Bestimmungen betreffend den Grünzonen sowie dem Spitalfriedhof bzw. Zonenreglement Siedlung zitiert werden, weshalb der Erhalt des Spitalfriedhofes in seinem jetzigen Zustand gesichert ist.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr zum Geschäft angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom Bericht gemäss Vorlage Nr. 2015/174a.

://: Das Postulat Nr. 2015/174 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

308 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Suubers Lieschtel - Motion für e „Suubers Lieschtel“ der SVP-Fraktion (Nr. 2015/196)

Die Motion hat folgenden Inhalt:

*Einwohnerrat Liestal
Fraktion SVP*

Motion für e „Suubers Lieschtel“

Nach der Einreichung des Postulates 2006/102 für ein sauberes Liestal wurden diverse, zum Teil erfolgreiche Aktionen und Vorkehrungen getroffen um die Littering-Situation in Liestal zu verbessern und dafür bedanke ich mich bestens bei allen verantwortlichen Personen.

Nun ist es leider wieder so, dass Abfälle, insbesondere leere Getränkedosens und Verpackungen von Fast Food, aber auch Raucherrückstände und Kaugummis, massenweise achtlos auf Strassen, Plätzen und Gärten „entsorgt“ werden. Auch auf den Boden spucken ist leider ein gängiges „Hobby“ geworden. All diese Unarten geben eine denkbar schlechte Visitenkarte für Liestal ab.

Damals fehlte uns bei der Umsetzung des Postulates gemäss Aussagen des Stadtrates für Repressionen die gesetzliche Grundlage, um fehlbare Littering-Sünder auch bestrafen zu können.

Mit dem fast einstimmigen Beschluss des Baselbieter Landrates vom 23. Oktober 2014 über die Nichtformulierte Gesetzesinitiative „Vo Schönebuech bis sauber“ und mit der Volksabstimmung vom 08.03.2015 hat das Baselbieter Stimmvolk mit über 75% Ja Stimmen klar der Repression für Littering-Sünder zugestimmt.

Die Gemeinden sind nun für deren Umsetzung gefordert, eine entsprechende Verordnung zu schaffen, womit die fehlbaren Littering-Sünder belangt werden.

Diverse Städte und Gemeinden haben bereits erfolgreich gehandelt, weshalb wir auch für Liestal diese längst überfällige Massnahme fordern.

Wir beauftragen hiermit den Stadtrat, umgehend eine Verordnung mit einem entsprechenden Bussenkatalog zu schaffen, womit Littering-Sünder bei entsprechenden Vergehen auch massiv bestraft werden sollen.

Wir bedanken uns für eine gute Aufnahme und speditive Umsetzung zum Wohle eines schönen und „sauberen Lieschtel's“

25.06.2015

Hans Rudolf Schafroth Beat Gränicher Hanspeter Meyer Denise Meyer

Patricia Bergamin Markus Rudin Georg Ambühl

Stadträtin Marion Schafroth informiert darüber, dass der Stadtrat bereit ist, den Vorstoss nicht als Motion, sondern als Postulat zu übernehmen. Die im Vorstoss verlangte Verordnung ist vom Stadtrat und nicht vom Einwohnerrat zu beschliessen. In dem vom Stadtrat bereits verabschiedeten Jahresprogramm 2016 ist unter anderem die Schaffung eines Ordnungsbussenreglementes mit zugehörigen Verordnung definiert. Aus diesem Grund macht es Sinn, dass der Vorstoss vom Rat als Postulat an den Stadtrat überwiesen und gleich beantwortet würde, denn dann könnte der Vorstoss auch gleich wieder abgeschrieben werden.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) dankt als Motionär für die stadträtliche Zusage betreffend einer Übernahme des Vorstosses. Liestal macht in Sachen Sauberkeit leider eine schlechte Falle, obwohl sämtliche Abfälle richtig entsorgt werden könnten. Nebst falschen und widerrechtlichen Abfallentsorgungen gehören auch illegale Entsorgungen in Bächen, Flüssen, Wald usw. in das gleiche Kapitel. Auch bei der Entsorgung von Tierabfällen zeichnen deren Besitzer für die fachgerechte Entsorgung verantwortlich. In Kürze wird dem Rat vom Stadtrat eine Vorlage betreffend der Rathausstrassen-Sanierung unterbreitet und so sollte das Stedtli doch auch sauberer werden, denn es kann ja nicht sein, dass mit Steuergeldern vermeidbare Strassenreinigungen wegen gedankenlos weggeworfenem Dreck finanziert werden müssen. Die Verursacher des Litteringproblems können nur mit der rigorosen Durchsetzung einer Verordnung bestraft werden. Sobald dem Einwohnerrat vom Stadtrat die verlangte Verordnung vorgelegt wird, die den Vorstellungen der Motionäre entspricht und vom Einwohnerrat genehmigt werden kann, soll der Vorstoss dann auch als erfüllt abgeschrieben werden. Zualtererst soll nun aber der Vorstoss an den Stadtrat überwiesen werden. Der Umwandlung des Vorstosses von einer Motion in ein Postulat stimmen die Verfasser und Motionäre zu. Das Rad muss sicher nicht neu erfunden werden, wird doch in Bern bereits rigoros und erfolgreich gegen Littering-Sünder vorgegangen.

Romand Schmied (GL) meint, dass das Motto „Frei bleiben“ der Slogan der SVP Schweiz sei. Die Motionäre verlangen mit ihrem Vorstoss, dass Verschmutzungen der Stadt bestraft werden. Dies ist aber nur möglich, wenn die Verursacher überführt werden können, was wiederum eine Überwachung durch die Polizei, Kameras usw. notwendig macht. Eine solche Überwachung auf öffentlichem Raum finde er beängstigend, da damit ein ungestörtes und unbeobachtetes Leben nicht mehr möglich ist. Eigentlich sehe er das Problem gar nicht, denn im Vergleich mit anderen lebenswerten Orten auf dieser Welt ist Liestal doch sehr sauber. Nebst den Reinigungsarbeiten der Stadt und Velostation laufen noch Projekte, mit welchen die Stadt vermehrt sauber gehalten werden soll, was im Vorstoss auch erwähnt ist. Er bitte den Stadtrat und auch Einwohnerrat darum, von Überwachungen und Bestrafungen doch Abstand zu nehmen. Die Grüne Fraktion spricht sich gegen eine Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat aus.

Daniel Spinnler (FDP) meint, auch ihm sei die Freiheit wichtig und er möchte nicht permanent von Kameras überwacht werden. Repressionen auf der Strasse mit Geschwindigkeitskontrollen usw. sind aber dann halt einfach nötig, wenn es nicht anders geht. Auch haben diverse Massnahmen, zusätzliche Abfalleimer, tägliche Reinigungsaktionen sowie Littering-Kampagnen nicht dazu geführt, dass man im Stedtli keinen herumliegenden Abfall, Glascherben etc. mehr sieht. Es ist unverständlich und so drängen sich gelegentliche Kontrollen einfach auf, doch muss dies nicht mit einer permanenten Videoüberwachung passieren. Mit der Motion wird ja eine Verordnung verlangt, doch müsste ja vom Einwohnerrat eine Anpassung des Polizeireglementes beschlossen werden, damit der Stadtrat in der Folge eine Verordnung in seiner Kompetenz erlassen kann. Er ist der Meinung, dass mit einer Motion aber der Stadtrat mit dem Erlass eines gesetzlichen Erlasses als Rechtsgrundlage beauftragt werden kann. Im Vorstoss müsste deshalb nur das Wort „Verordnung“ mit „Reglement“ ersetzt werden. Die FDP-Fraktion wird der Überweisung der Motion an den Stadtrat zustimmen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass das Baselbieter-Stimmvolk diesen Frühling die Volksinitiative „Vo Schönebuech bis suuber“ deutlich angenommen hatte. Damit wurde vom Souverän nicht eine totale Überwachung gutgeheissen, denn mit der Initiative sollen die Gemeinden lediglich die Kompetenz erhalten, Ordnungsbussen gegen bestehende Verstösse einzuführen. Abfallsünder können damit neu mit einer Ordnungsbusse bestraft werden und es muss kein ordentliches Strafverfahren gemäss gültigen Regelung durchgeführt werden, welches wesentlich teurer und aufwändiger ist. Ferner sollte der Stadtrat abklären, ob es tatsächlich einer Reglementsanpassung bedarf oder ob dies nicht auf Verordnungsstufe geregelt werden könnte. Inhaltlich ist die Mittefraktion ebenfalls der Meinung, dass die

gesetzliche Grundlage geschaffen werden soll, dass Ordnungsbussen verteilt werden können. Eine Motion, welche eine Verordnung verlangt, funktioniert so nicht, weshalb seine Fraktion einer Überweisung eines Postulates an den Stadtrat befürwortet.

Diego Stoll (SP) orientiert, er könne sich betreffend der rechtlichen Situation den Ausführungen seines Vorredners anschliessen. Littering ist nicht ein alleiniges Liestal-Problem, muss ernst genommen und auch gelöst werden. Präventionsmassnahmen dürften vielversprechender als Repressionen sein. Sollte der Vorstoss nun als Postulat überwiesen werden, so wäre es Sache des Stadtrates im Rahmen eines Gesamtauftrages dem Rat weitere Vorschläge betreffend der Ausarbeitung von Reglementen oder Verordnungen zu unterbreiten oder gar sonstige Vorschläge und Präventionsmassnahmen zu unterbreiten. Die Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat als Postulat wird von der SP-Fraktion unterstützt.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) bestätigt auf Anfrage der Ratspräsidentin, dass die Motionäre einer Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat zustimmen können.

Stadträtin Marion Schafroth ist ebenfalls der Ansicht, dass Littering nicht nur ein Problem von Liestal, sondern jeder modernen Gesellschaft ist. Repression kann eine Möglichkeit beim Vorgehen gegen Abfallsünder sein. Als frühere Departementsvorsteherin der Betriebe hatte sie sich schon einmal mit einem Vorstoss zu diesem Thema zu befassen. Präventionsmassnahmen sind ein Dauerauftrag und es sind schon verschiedene Verbesserungsmassnahmen wie das Aufstellen zusätzlicher Abfallkübel, vermehrte Strassenreinigungsarbeiten usw. umgesetzt worden. Repressionen machen nur einen kleinen Teil zur Problemlösung aus, doch machen Bussenverfügungen in Einzelfällen durchaus Sinn. Der Stadtrat möchte aber nicht, dass Liestal zu einer Überwachungsgemeinde mit zusätzlichen Polizisten und Überwachungskameras wird. Nur berechtigte Personen können Ordnungsbussen aussprechen und in diesem Zusammenhang müssen betreffend dem Vollzug noch verschiedene Bestimmungen erfüllt werden. Die Installation von Überwachungskameras wäre vorübergehend und gezielt bei einigen Hotspots sicher möglich, müsste aber sicher noch konkret und genau geprüft werden. Keinesfalls wird aber eine flächendeckende Überwachung in Erwägung gezogen. Der Bussenkatalog muss in einer Verordnung definiert werden, wobei eine Anpassung von Reglementen ebenfalls noch geprüft werden müsste. Im beschlossenen Jahresprogramm 2016 ist definiert, dass in einem Ordnungsbussenreglement die Littering-Problematik ebenfalls thematisiert wird. Reglemente sind ja vom Einwohnerrat zu beschliessen, wobei der Erlass von Verordnungen in der Kompetenz des Stadtrates liegt. Von den Motionären wird eine massive Bestrafung der Abfallsünder verlangt, doch bereits an dieser Stelle sei erwähnt, dass Bussen immer massvoll und adäquat sein müssen. In den Zeitungen konnte man schon mehrmals lesen, dass die Erfahrungen betreffend Bussen bei Abfallsündern in anderen Städten zum Teil kläglich oder wenig erfolgsversprechend waren. Es ist nun der Entscheid des Einwohnerrates, ob er den Vorstoss überweisen und dann gleich auch wieder abschreiben möchte.

Stadträtin Regula Nebiker hält fest, dass Littering von den Betrieben in der Vergangenheit immer wieder thematisiert wurde und auch künftig mit Präventionsmassnahmen und Verbesserungen zu minimieren versucht.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Der Rat beschliesst mit 28 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung, dass der Vorstoss als Postulat an den Stadtrat überweisen wird.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) bittet die Ratsmitglieder, sich nun zum stadträtlichen Vorschlag betreffend einer Abschreibung des Postulates zu äussern.

Werner Fischer (FDP) verweist auf § 45 des Geschäftsreglementes und meint, dass der stadträtliche Auftrag im vorliegenden Fall noch nicht erledigt ist, weshalb sich seine Fraktion gegen eine Abschreibung des Postulates an der heutigen Sitzung ausspricht.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) unterstützt das Votum des Vorredners, denn nach wie vor liegt kein stadträtlicher Bericht, weder ein Reglement oder eine Verordnung vor. Die Verfasser des Vorstosses bitten den Rat, der Abschreibung des Vorstosses nicht zuzustimmen.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass sich keine weiteren Ratsmitglieder zu Wort melden.

://: Die Abschreibung des Vorstosses wird mit 10 Ja- gegen 25 Nein-Stimmen abgelehnt.

309 0.01.011.01 Einwohnerrat

13. Plastikabfälle - Postulat „Plastikabfälle wieder verwenden?“ von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion (Nr. 2015/197)

Das Postulat hat folgenden Inhalt:

Einwohnerrat
Daniel Spinnler
FDP Fraktion

Liestal, 24. August 2015

Postulat – Plastikabfälle wieder verwenden?

Im Echo der Zeit vom 22.08.2015 wird eine Hongkongerin portraitiert, die in der Schweiz Plastikabfälle einkauft und als Wertstoffe nach China exportiert.

Statt, dass Kunststoffe in Abfallsäcken in der Kerichtverbrennung enden, dienen sie erneut als Rohstoff: So werden bspw. aus alten DVDs und CDs, Koffer oder Kinderspielzeuge.

Analog zu anderen Wertstoffen, wie Aluminium oder Glas werden gemäss oben genanntem Bericht teilweise auch Kunststoffabfälle separat gesammelt.

Das Abfallwesen befindet sich in Gemeindehoheit. Der Stadtrat wird daher eingeladen, das Potential einer separaten Kunstoffsammlung zu prüfen.

Dazu wären folgende Fragestellungen von Interesse:

- 1. Welche privaten Unternehmen führen in der Region bereits eine separate Sammlung durch bzw. verfügen über die benötigten Kompetenzen?*
- 2. Inwiefern besteht Potential für eine getrennte Sammlung in Liestal bzw. den umliegenden Gemeinden?*
- 3. Unter welchen Umständen wäre das nachträgliche Aussortieren der wiederverwertbaren Kunststoffe aus dem Hauskericht durch die Abfallogistiker ein sinnvolles Ausschreibungskriterium?*
- 4. Unter welchen Voraussetzungen wäre der Betrieb einer Liestaler Sammelstelle für Kunstoffabfälle sinnvoll³ und kostendeckend möglich?*

Namens der FDP-Fraktion:

Daniel Spinnler

³ Zu viele verschiedene Sammelstellen können für die Sammelnden unpraktikabel werden. Zudem bedeutet die falsche Trennung der Abfälle nachträglich zusätzlichen Sortieraufwand, weshalb eine nachträgliche Sortierung durch die Abfallogistiker sinnvoller sein kann.

Stadträtin Regula Nebiker erklärt, dass der Stadtrat gewillt sei, das Postulat zu übernehmen.

Daniel Spinnler (FDP) dankt als Postulant für die stadträtliche Zusage. Beim Vorstoss geht es ihm wirklich um das Potential einer solchen Sammlung. Die Trennung der verschiedenen Abfälle wird immer vielfältiger und komplexer, weshalb ihn auch die Antwort zu seiner vierten Frage interessiert, ob denn nicht auch eine nachträgliche Trennung und Sortierung durch eine beauftragte Firma möglich wäre.

Walter Leimgruber (SP) berichtet, seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen. Anscheinend gibt es viele Interessengruppen für Plastikabfälle, welche diesen recyceln oder beispielsweise schlussendlich für den Fernwärmegebrauch verwenden könnten.

Michael Durrer (GL) legt dar, auch die Grüne Fraktion begrüsst es grundsätzlich, dass man sich Gedanken betreffend Plastikabfällen macht. Verschiedene Gemeinden und Firmen sammeln Plastikabfälle bereits und sicher kann man von bereits gemachten Erfahrungen in diesem Bereich profitieren. Wichtig ist aber auch, dass man nicht nur die finanziellen und technischen Aspekte einer solchen Sammlung prüft, sondern auch abklärt, ob diese auch ökologische Vorteile bringt.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) orientiert, auch die Mittefraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen. Vom Stadtrat sollten schon die verschiedensten Aspekte angeschaut werden und bei den Abklärungen betreffend Nutzen und Ertrag auch ökologischen Aspekte anschauen.

Hanspeter Meyer (SVP) führt aus, auch die SVP-Fraktion wird der Überweisung des Postulates zustimmen und ist gespannt auf den stadträtlichen Bericht, in welchem die Gesamt-Oekobilanz sicher ein wichtiger Bestandteil sein wird.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Der Rat überweist einstimmig das Postulat Nr. 2015/197 an den Stadtrat.

310 0.01.011.01 Einwohnerrat

14. Ufzgi und Tschutte - Interpellation zum Präventionsprojekt „Ufzgi und Tschutte“ von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion (Nr. 2015/198)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Hanspeter Stoll
SP Fraktion

Liestal, 20. August 2015

Interpellation zum Präventionsprojekt „Ufzgi und Tschutte“

Der nationale Förderverein „Sport Academy Bildung und Sport“ bietet schweizweit ein niederschwelliges und freiwilliges Freizeitangebot an. Dieses Bildungs- und Sportprojekt für Jugendliche (Primarschule 4. bis 6. Klasse) findet jeweils an einem schulfreien Mittwochnachmittag zwischen Herbst- und Frühlingsferien statt. Geleitet wird der Nachmittag von einem Standortleiter (einer erwachsenen Person, meistens einer Studentin oder einem Studenten) und ausgebildeten Junioren-coaches (ältere Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler). Die teilnehmenden Kinder werden an diesen Nachmittagen sowohl beim Hausaufgaben machen als auch beim sportlichen Teil von ausgebildeten Coaches unterstützt und angeleitet (Peer-to-Peer Inputs). Der sportliche Teil beinhaltet bei den bereits laufenden Projekten Fussball, andere Ballspiele (Hockey), Geräteturnen und Tanz. Der Anteil der Mädchen beläuft sich im Kanton Basel-Landschaft zwischen 30 und 50%. Dieses freiwillige und gratis zur Verfügung stehende Angebot sieht sich nicht als Konkurrenz zum kostenpflichtigen freiwilligen Schulsportangebot der Primarschule Liestal.

Meine Fragen:

- 1) Ist dieses Zusatzangebot dem neuen Bereichsleiter „Bildung und Sport“ schon bekannt und wie steht er dazu?
- 2) Ist die Stadt bereit, ab den Herbstferien 2015 bis zu den Frühlingsferien 2016, jeweils an einem Mittwochnachmittag, eine Turnhalle und ein Klassenzimmer unentgeltlich zur Verfügung zu stellen?
- 3) Kann das Projektteam dieses Angebot in den 4. bis 6. Klassen der Primarschule Liestal den Schülerinnen und Schülern vorgängig, auch während den Unterrichtszeiten, vorstellen?

Hanspeter Stoll, SP-Fraktion

* * * * *

Stadtrat Daniel Muri führt aus, dass dieses Projekt bereits in einer letzten Fragestunde thematisiert wurde und er die Fragen des Interpellanten wie folgt beantworten möchte:

Zur Frage 1: Ja, das Angebot ist auch dem neuen Bereichsleiter bekannt und wird vom Bereich und dem Stadtrat grundsätzlich begrüsst. Prüfwert wäre es aber allenfalls noch, ob nicht auch Angebote im kulturellen Bereich wie Tanz, Theater, Gesang usw. möglich wären.

Zur Frage 2: Ja, grundsätzlich ist dies möglich. Den Vereinen werden die Turnhallen ab 18.00 Uhr zur Verfügung gestellt. Belegungen am Mittwochnachmittag sind mit der Schulleitung abzusprechen und Gesuche bis Ende April vor Schuljahresbeginn einzureichen.

Zur Frage 3: Wenn das Angebot konkret würde, müsste man bei der Schulleitung vorstellig werden.

In einem Gespräch mit einem Verantwortlichen des Projektteams hat sich dieser grundsätzlich positiv zu seinem Vorschlag geäußert, dass das Projekt gegebenenfalls auch mit kulturellen Angeboten ergänzt würde, was dieser an der nächsten Generalversammlung im Januar 2016 vorbringen wird. Für ein Pilotprojekt könnte er persönlich Hand und Unterstützung bieten. Als Krönung könnte dann zum Abschluss auch eine Produktion im Palazzo, im Mooi oder in der Kulturscheune vorgestellt werden. Ihm persönlich wäre es natürlich mit einer Produktion in der alten Abfüllhalle der ehemaligen Brauerei Ziegelhof am wohlsten. Dies ist eine Randbemerkung und ist nicht die Meinung des Stadtrates.

Hanspeter Stoll (SP) sagt als Interpellant, er sei mit den Antworten teilweise zufrieden und wünsche eine kurze Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass im Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Hanspeter Stoll (SP) meint als Interpellant, die Antworten in der letzten Fragestunde haben ihn nicht befriedigt, weshalb er nun eine Interpellation eingereicht habe. Die entscheidenden Punkte sind, ob für das Projekt eine Turnhalle und ein Klassenzimmer zur Verfügung gestellt werden kann. Das Programm wird nicht von der Schule oder Gemeinde gestaltet. In Lausen konnte man zwischen 20 - 40 Teilnehmer verzeichnen und nebst den Ufzgi muss es nicht immer zwingend Tschutten sein. Das Projektteam bzw. der Standortleiter bestimmen, was angeboten wird. Die Sekundarschule Frenke hätte beim Projekt mitgemacht, doch ist die sechste Klasse nun auf Primarstufe und ein Mitmachen wird auch vom Schulleiter grundsätzlich befürwortet. Die Projektumsetzung sollte nach den stadträtlichen Antworten zu seiner Interpellation kein grösseres Problem mehr sein.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/198.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.20 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Meret Franke

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann